

An die  
Österreichische Bundesregierung  
An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer  
An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz  
An das Präsidium des Nationalrats

Wien, 5. November 2014

Per E-Mail an: [kultusamt@bka.gv.at](mailto:kultusamt@bka.gv.at)

Mit Kopie an: [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

## **Stellungnahme des Elternvereins des IRGW zur Novelle des Islamgesetzes 1912**

Bezüglich des Entwurfs des neuen Islamgesetzes ist bereits viel Kritik laut geworden, der wir uns als Eltern der Schüler des Islamischen Realgymnasiums Wien anschließen, insbesondere aber auf die Situation der Erziehung und Bildung von Heranwachsenden aufmerksam machen.

Das Gefühl der Ungleichbehandlung, das bei muslimischen Teenagern durch die Formulierung im Gesetzesentwurf entstehen würde, würde zu nur schwer zu bewältigenden Problemen des Selbstbildes führen. Die schon zu oft bemühte Doppelmoral, mit der sich Muslime gerade im Nahen Osten konfrontiert fühlen, würde sich in einem österreichischen Gesetz manifestieren. Unser Bildungsselbstverständnis als Eltern, selbstbewusste, verantwortungsbewusste Individuen in der Gesellschaft zu erziehen, wird mit dem vorliegenden Entwurf nicht nur erschwert, es wird schlichtweg unmöglich gemacht.

Konkret lässt sich an Jugendliche nur schwer vermitteln, warum beispielsweise orthodoxe Priester und Gemeinden aus Berlin oder Moskau finanziert werden dürfen, für muslimische Vorbeter aber eine religionsspezifische Ausnahme gelten soll. Im besten Fall können Eltern dann sagen, dass das so hinzunehmen sei; für das Selbstwertgefühl von Eltern und von Kindern eine Katastrophe. Im schlimmsten Fall führt dies zu einem gesellschaftlichen Schisma sowie Aus- und Abgrenzung.

Weiters geben wir zu bedenken, dass der Gesetzestext mit der Unterstellung spielt, Muslime respektierten die staatliche Ordnung nicht. Diese Unterstellung muss, gerade von jungen Menschen, als ein Schlag ins Gesicht aufgefasst werden, die doch einfach nur bemüht sind, die Matura zu machen, zu studieren und ein normales Leben zu führen. Als Eltern dieser muslimischen Kinder treten wir vehement gegen eine Behandlung unserer Kinder als Aussätzige ein.

Schließlich kann die Lehre der Unabhängigkeit der muslimischen Gelehrten kaum glaubwürdig an unsere Kinder weitergegeben werden, wenn ein Gesetz dem Staat weite Einblicke und Eingriffe in die Lehre geben soll. Auch hier zieht sich der rote Faden der Ungleichbehandlung durch.

Allgemein verstehen wir nicht, warum ausgerechnet jetzt ein neues und diskriminierendes Gesetz entstehen soll, wo es doch keine Veranlassung dazu gibt und extreme antimuslimische Ressentiments die Gesellschaft beherrschen. Darum ersuchen wir Sie, das Vorhaben des neuen Gesetzes zu kippen und die lange österreichische Tradition des Miteinanders verschiedener Kulturen zu wahren.

Murat Gürol, Obmann,  
Elternverein des IRGW